

# »Volksgesetzgebung jetzt einführen!«

Ein Vorschlag

Achberg, 29. März 2006

Liebe Freundinnen und Freunde von »Mehr Demokratie e. V.«,  
liebe Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Arbeitskreisen,  
liebe Mitglieder des Vorstandes!

1. Der Kampf für die *dreistufige Volksgesetzgebung* begann 1982/83. Ein im damaligen Arbeitszusammenhang des Internationalen Kulturzentrums Achberg gebildeter Initiativkreis<sup>1</sup> richtete am 5. November 1983 als »*Aktion mündige Demokratie – Für Volksentscheid*« eine Petition an den Deutschen Bundestag. Mit einer ganzseitigen Anzeige wandte man sich als »*Aktion Volksentscheid*« Anfang 1984 in der Wochenzeitung Die Zeit mit dem Anliegen erstmals zugleich an eine größere Öffentlichkeit. Mit diesem Anfang einer Bewegung für die gesetzliche Ausgestaltung des Elementes der plebiszitären Demokratie in der BRD [GG Art. 20 Abs. 2] knüpfte man an Aktivitäten von *Peter Schilinski* gegen die Wiederbewaffnung in den fünfziger Jahren, gemeinsam mit *Wilfried Heidt* in der APO und Demokratischen Union 1968/69 und von *Joseph Beuys* mit der Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung [1970/72] an.

2. Durch manche weitere Aktivitäten von verschiedenen, dieses Ziel anstrebenden Initiativen<sup>2</sup> ist diese Bewegung in den folgenden Jahren stetig angewachsen. Auch im Deutschen Bundestag veränderten sich durch die hartnäckige Arbeit einiger Freunde die Positionen – zwar langsam, aber eben doch. So waren es 1994 nicht mehr nur Die Grünen, die im Zusammenhang mit den Grundgesetzänderungen im Zuge der Bildung der deutschen Einheit einen eigenen Gesetzentwurf zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung vorlegten, sondern auch die SPD. Die PDS zog 1998 nach, und am Ende ihrer ersten Regierungszeit unternahm die rot-grüne Koalition einen gemeinsamen Versuch. Parallel dazu gab es in jeder neuen Wahlperiode aus der außerparlamentarischen Arbeit weitere Petitionen, in denen jetzt immer die Forderung erhoben wurde, über die Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung per Volksabstimmung zu entscheiden.

3. Doch alle diese Bestrebungen erreichten im Bundestag nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit, weil sich die CDU-CSU verweigerte.

4. Inzwischen ist eine neue Situation entstanden, die uns, wie wir es sehen, zu einem neuen Vorgehen verpflichtet. Nach Bildung der Großen Koalition, die in ihrem Koalitionsvertrag zwar auch angekündigt hat, die Aufnahme »plebiszitärer Elemente« – was immer das sein mag – ins Grundgesetz prüfen zu wollen, hat die FDP am 25. Januar 2006 im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung eingebracht. Die Initiative »Wir sind Deutschland« hatte schon am 25. November 2005 ihrerseits dem Bundestag eine »Öffentliche Petition« vorgelegt und im Internet unter [www.wir sind deutschland.org](http://www.wir sind deutschland.org) eine Möglichkeit geschaffen, um zur Unterstützung des Projektes eine **Willensbekundung** beizusteuern. Infolge der FDP-Initiative wird es, wenn der Termin der 1. Lesung feststeht, in den Medien sicher eine gewisse Aufmerksamkeit auf das Thema und vielleicht auch eine gewisse Diskussion darüber geben. Doch all das wird nicht ausreichen, die CDU/CSU zu mehr als einem kontraproduktiven schlechten Kompromiss zu veranlassen. Mehr würde, wie wir meinen, nur dann möglich sein, wenn es uns gelänge, eine starke gemeinsame Kampagne für das Element der Willensbekundung zu entfachen, durch die sich dann das Gewicht der Zahl als Druck auf die Verweigerungsfront auswirken könnte. Wie könnten wir das am besten erreichen?

5. **Wir schlagen vor**, dass alle diejenigen, die wollen, dass über die Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung jetzt ohne weitere Verzögerung – bei Vorlage von bis zu drei Varianten – durch Volksabstimmung entschieden werden sollte, zu diesem Zweck mit einer gemeinsamen Homepage eine Kampagne starten [unser Vorschlag für eine solche Homepage [www.volksgesetzgebung-jetzt.de](http://www.volksgesetzgebung-jetzt.de)]. Die Willensbekundungen wären – *sozusagen als selbstorganisiertes Volksbegehren* – für dieses Ziel zu mobilisieren. Alle sich daran beteiligenden Strömungen, Initiativen und Organisationen könnten mit Links auf ihre Homepages verweisen und dergestalt im Ganzen dieser Bestrebung den Pluralismus erkennbar machen.

Bitte gebt uns Nachricht, ob ihr euch an dem Projekt beteiligen wollt.

Mit besten Grüßen!

*Wilfried Heidt, Gerhard Meister, Herbert Schliiffka*

[Initiative 18. März 2006]

<sup>1</sup> Diesem Kreis gehörten Michael Bader, Prof. Joseph Beuys, Günter Gehrman, Bertold Hasen-Müller, Gerald Häfner, Kurt Haymann, Wilfried Heidt, Brigitte Krenkers, Volker Ley, Ernst August Meyer, Peter Schata, Rolf Schiek, Herbert Schliiffka, Johannes Stüttgen, Hanne Tächl, Dr. Rhea Thönges und Prof. Dr. Lothar Udert an.

<sup>2</sup> Wie Volksentscheid gegen Atomanlagen, Initiative Demokratie entwickeln, Omnibus für direkte Demokratie und Mehr Demokratie e.V.